

aus ihrer Partei gewinnt: „worum wir gekämpft“ — Der Verfolger-Vertrag bleibt bestehen! Was wurde aus ihrer demagogischen Lösung „Vertreibung der Tributverträge“? — Der Rangler Hitler hat die Tributflaserei verlängert!

Darüber werden die Nazis niemanden zu laufen vermögen, wenigstens sie sich jetzt wieder in einer Demagogie ergreifen und — wie es der Freiheitskampf am Sonnabend tat — zwischen sich und der Papenregierung „Erkenntnisstriche“ ziehen möchten. Damit versuchen sie sich nur an die gegen jede weitere Tributflaserei gerichtete Klassenströmung angeschlagen und über die in der Tat bestehende Toleranz der Papenpolitik hinwegzutäuschen. Denn

aus derselben Seite, auf der vom Freiheitskampf gezeigt wird, „Herr von Papen ist in das Jahrhunder der schwärmenden, unterdrückselbst, international eingeschlossenen Parteien geraten“, heißt es an anderer Stelle: „Die deutsche Delegation in Vaucluse möchte sich gestutzt von der Weisheit des deutschen Volkes und hat aus diesem Bewußtsein ihre Kraft geschnappt, die sie zu ihrer hartnäckigen und zielgerichtigen Politik befähigte.“

Gesetzergaß — das ist ein wahrlich bezeichnendes Einheitsstandsrecht des Nazipräsidiums, die damit — wenn auch vielerlei umgewandelt — von den Papen eingegangenen Tributverpflichtungen guiderzt und billigt. Aber das läßt ja nicht aus, daß die bestürzende, lugeneiche Nazi-Partei noch anderweitig demagogisch über Vaucluse entsteigt.

Worauf sie es dabei besonders abgesehen haben, das plaudert der politische Beobachter aus der Schwie, der in jener Zusammensetzung der Papenregierung einen reichen deutschen Wohl mit dem Jaws-Mahl gibt, indem er unter Bezugnahme auf die privaten Auslandsabschläme, also auf die deutschen Kapitalisten gewünschte Rechte schreibt:

„Deutschland hat bereits in der Vergangen und Amortisation seiner sogenannten privaten Auslandsabschläme eine kaum tragbare Last auf sich, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese vor allem dadurch entstanden, daß man diejenigen Zahlen nicht mehr aus Eigenen aufbringbaren Allegieraten im Auslande bezog.“

Aber die braunen Tributgelellen mit dieser Andeutung eigentlich beweisen, daß das ihr standhaftmachende Spiegelgleich Hugenberg auf einer Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei am Sonnabend in Bremen noch lautest und bestimmt gelangt. Es meinte, es herin Papen besonders übernehmen zu müssen, daß er nicht bereits in Vaucluse die alten der „Tributverpflichtungen“, also der Privatschulden der deutschen Kapitalisten, getilgt hat. Schließlich erhob Hugenberg die Forderung, mit Ehrlichkeit in eine weitere große Verhandlung hinzuziehen. Sie betrifft die aus den Tribut- und dem Arieg entstandenen unerträglichen Privatverpflichtungen.

Damit ist die jetzt aus neue angeklagte nationalistische Demagogie vollkommen entlarvt. Nazis und Deutschnationale halten hinter neuem Oppositionsgefecht gegen die Papenregierung das Schamroß der „auf eigene Kappe“ gemachten Schulden der Thunsen und Rumpants verdeckt.

Das heißt es die beiden Parteien laut und vernünftig in die Öffnen zu drücken. Das steht es den bisherigen Nachläufern der Nazi-Partei, auf die der Vaucluse Tributpakt wie ein Strandfallen Walters gewidmet hat, klarzumachen, wenn sich die Nazi-Partei jetzt ernst zu thobten Demagogie aufzuwinden und damit von ihrer Mitverantwortung für den Vaucluse-Walt ablenken will.

Es ist ja außerdem auch allzu offenkundlich, welche gelinde Sprache he gegenüber Herrn von Papen läuft, wohingegen sie dementia einmal durch Strafer im Reichstag verstanden ließ: „Wir werden die Kopie dieser Forderung, die die Tributverträge unterzeichnet haben.“

Zent sind alle diese Kraftworte vergeblich in der Nazipresse zu suchen, denn jedes dieser Worte ruht sich gegen die KPD-AF ab.

Die einige Partei, die heute genau so wie seit dreizehn Jahren außerhalb des Systems von Verhältnissen steht, das ist die Kommunistische Partei, die mit Unersättlichkeit gegen den Tributvertrag von Vaucluse kämpft. Für uns Kommunisten ist der Kampf gegen die Tribut nicht eine Agitation, sondern ein unverzügliches Teil unseres Programmes der sozialen und nationalen Befreiung.

Wir rufen die Arbeiter und alle Werktätigen zum Kampf gegen die Tribut und gegen die Tributpakte. Untere Forderung und die Forderung aller Werktätigen ist:

„Sieg mit dem Schandvertrag von Vaucluse!
Rett mit Papen!
Nieder mit Hitler!“

Neue Naziterrorrakte im ganzen Reich

Ein Toter und zahlreiche Schwerverletzte als Opfer von SA-Banden

Berlin, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In allen Teilen des Reiches wurden gern von SA-Banden grobe Terroraktionen gegen die Arbeiterschaft verübt. Besonders stark in Duisburg-Hamborn, wo es zu schweren Zusammenstößen kam. Ein Toter und zahlreiche Schwerverletzte werden gemeldet.

In Hagen im Sauerland übertraten SA-Banden eine geheimnisvolle Aktion gegen der „Eisernen Front“. Dabei stürmten sie das Gewerkschaftshaus, das vollständig zerstört wurde. Dann rannten sie auf die Arbeiter. Vier Reichsbannerarbeiter und ein Arbeitersportler wurden schwer verwundet, zahlreiche andere Arbeiter wurden verletzt.

In Düsseldorf schossen SA-Banden auf Arbeiter, wobei drei

Für 54½ Jahre ins Zuchthaus!

Ungeheuerliches Klassenurteil im Leipziger Sprengstoffprozeß. Reden den Zuchthaus. Strafen noch 13½ Jahre Fesselung verhängt. Urteilsbegründung des Reichsgerichts soll Grundlage für Parteiverbot liefern

Der 4. Strafseminar beim Reichsgericht in Leipzig hätte noch mehr als zweitwöchiger Verhandlung am Sonnabend das Urteil in dem großen Sprengstoffprozeß. Es ist ein schärfstes Urteil von einer Schärfe, wie es bisher noch niemals in Deutschland ausgesprochen wurde und lautet:

Bethmann 7 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Michaelis, Ratow, Börner je 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Ueberbrück 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrenrechtsverlust; Ante, Hollmann, Rabenmüller, je 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Blumentritt 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Arnold, Ernst Wintler, je 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust; Dorn und Horn, je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust; König 3 Jahre Fesselung; Meißner 1 Jahr 6 Monate Fesselung; Knorr, Schade und Voßel, je 1 Jahr 6 Monate Fesselung; Poppig, Albin Wintler, je 1 Jahr 3 Monate Fesselung; Schuhmann 1 Jahr Fesselung und Timm 6 Monate Fesselung. Die Angeklagten Gloth und Hollmann wurden freigesprochen.

Gesetzergaß ungewöhnlich war die Begründung des Votumenden zu diesem Urteil. Vorläufig erklärte der Vorsitzende: „Die legenweise (?) Kommunistische Partei Deutschlands, die keine leidenschaftlichen Einschüsse lassen kann, sondern nur eine Sektion der Kommunistischen Internationale darstellt, das ist zwar bestrebt, die Angeklagten von der Partei abzuschütteln ...“ Die tatsächlichen Verhältnisse zeigen aber, daß die Sprengstoffdiebe

sich und Komplizen mit Wissen und Willen und unter Duldung der Partei gehabt haben.“

Diese Verleumdung der Kommunistischen Partei entzündet den wahren Zorn des Prozesses. Ein neuer Verbotssatz gegen die KPD sollte gefallen werden. Darum stellen wir noch einvernehmlich alle ein Zusammenhang mit der KPD festen und darum vom Gericht auch gar nicht nachgewiesen werden könnte. Die sozialistische Heppelle wird zweitlos die Erfolgen des Reichsgerichts benutzen, um erneut untenkraut des Föderern. Die Arbeiter werden diese Verbotssätze richtig zu würdigen wissen.

Auf Jahre hinzu sollen revolutionäre Proletarier hier Klagen trocken der angekündigten schweren Strafen. In ihrer Zukunft werden bestimmt sie sich alle zur proletarischen Revolution, um entblößten Widerstand gegen Kapitalismus und Sozialismus. Die Sozialdemokratie ist es, die verhindert, daß die Arbeiter wieder in Freiheit kommen. Der sozialdemokratische Widerstand gegen die politische Amnestie in Preußen und in Sachsen ist eine Hilfe für die Arbeiter, justiz, die ebenso eine Amnestie für proletarische Widerstandsgesangene ablehnt. Verhaftet darum den Kampf für die Vollamnestie! Schließt die Reihen der Antifaschistischen Aktion auch zum Kampf für die Freilassung der proletarischen Gefangenen!

Im Schatten der faschistischen Kapitalsdiktatur

Sozialdemokratische Amnestievorräte

Sie haben die politischen Gefangenen geprellt. Eine demagogische Lügenkampagne in der SVD-Presse

Nachdem Papen als ein Geiseldroger aus Vaucluse zurückgekehrt ist, rufen die sozialistischen Diktaturpläne der Reaktion innewohl wieder in den Vordergrund. Eine Berliner Monatszeitung berichtet bereits, daß entsprechend des Falles mit Hitler bereits jetzt mit einer Umsetzung des Papen-Kabinett begonnen wird, der vor allen Dingen der Innenminister Kahl geopfert werden soll. An seine Stelle soll der thüringische Nazi-Innenminister Erich treten, der gemeinsam mit einem Nazi als Arbeitsminister den innenpolitischen Kurs der deutschen Bourgeoisie in der Richtung schärfster ökonomischer und politischer Diktatur gegen das gebietende Volk verwirklichen soll.

In dieser Situation, die die sozialistische Bourgeoisie und ihr Staatsapparat die Diktatur gegen die Werktagen mit aller Brutalität durchdringt, kommen die sozialistischen SVD-Autoren im Handbuch zur sozialdemokratischen Kabinettsarbeit der Schiedsregierung. Diese Schiedsregierung ist das Instrument der bestreiten Flüsse und die sozialdemokratischen Arbeiter mögen das Werk des Kabinetts einer Reihe Dörfer abholzen, was der bürgerliche „Dresdner Anzeiger“ über diese Abstimmung schreibt:

„In welchem Maße der Vordring der Regierung dieses Vertrauen identisch, mache der legte Tag der Vordringarbeit noch einmal hinzußlich durch die Tatsache, daß dem Staatshauswahl tatsächlich trog mancherlei Bedenken sämtliche Parteien außer den Kommunisten ihre Zustimmung gaben. Die Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten haben mit ihrer Haltung der Regierung Schied einen großen Teil der Verantwortung vor dem sozialistischen Volk abgenommen, also auch diejenigen Parteien, die noch beim Volksbegehrten in ausgesprochener Opposition

zum Kabinett gehandelt. Sie haben der Regierung damit, wenn auch nicht ein formelles Vertrauensvotum, so doch einen schwerwiegenden tatsächlichen Beweis ihres Vertrauens gegeben.“

Die Entscheidung hat einmal die billige Demagogie der Nazis entblößt, die ja bis vor kurzem vorgaben, gegen die Regierung zu sein, um andern aber die Identitätslose Vorstellung der SVD-Führer entlarvt, die mit der Entscheidung ihre eigenen, aus Gründen des Wahlmanövers geschafften Vorteile übernimmt.

Dann wollen die Parlamentsjäger der SVD abwarten und beschäftigt durch Kurt Bösch, der Fraktionsleiter der SVD-Führer im Landtag am Sonnabend einen langen, aber vorslogigen Artikel zur Amnestiedebatte, den er mit der Überschrift verfaßt: „Geprellte Demagogien“. Mit den 26 Abgeordneten und die Kommunisten gemeinsam, die unter allen Umständen eine Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen noch vor den Wahltagen erzwungen wollten.

Geprellt haben die SVD-Führer, aber nicht die Kommunistische Partei, sondern die politischen Gefangenen der Arbeiterklasse.

Kurt Bösch will diese Tatsache durch beweise Entschuldigung der Wahrheit periodisiert und die sozialen Entschuldigungen der Arbeiter in seiner Partei nach altbewährtem Ressort gegen die kommunistische Partei konzentriert. Das ist der Sinn der sozialen Amnestieaktion, mit der die SVD im Voraus die kommunistischen Arbeiter niederschreiten verucht. Es war der Sinn jener Abstimmungsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Bösch. Neu für den Wahlminister Bösch und für den Sinn auch der sozialdemokratischen Kabinetts- und Unterstützung ihres Wahlmandats. Statt vieler Worte aber den Augenwinkel Bösch empfiehlt mit auch hier den sozialdemokratischen Arbeitern ein Auge aus dem gleichen „Dresdner Anzeiger“ zu härterer Beachtung, in dem es heißt:

„Jedoch scheiterten die verschiedenen Versuche der kommunistischen Fraktionsleiters Kerner, der Annahme der Amnestie-Gesetzes heute oder in den nächsten Tagen gleichzeitigsmäßig die Wege zu ebnen, an dem einzigen Widerstande sämtlicher anderen Parteien.“

Die kommunistische Fraktion vereitelt mit der Einbringung ihres Gesetzeswurfs für die Amnestie ein stetes Vertragsmanöver der SVD. Sie kämpft gegen das freiehalbe Spiel, das die Sozialdemokratie mit der Arbeiter- und Gewerkschafts- und dem Leben der proletarischen Gefangenen treiben. Durch das Verhalten der Sozialdemokratie wurde auch diesmal die Amnestie vereitelt. Das wird leicht von den bürgerlichen Kreisen bestätigt.

Die bürgerliche Reaktion will keine Amnestie. Sie will verächtlichen Terrorakten gegen das Proletariat. Ihre Städte sind dabei, wie die Annahme des sozialistischen Gesetzes, Sozialdemokratie und Nationalsozialisten im Bunde mit sämtlichen anderen Parteien des Bürgertums.

Eine „Dreckseele“

Wir haben vor ein paar Tagen mitgeteilt, als die Kommunisten im Sachsen-Vorstand nominale Zustimmung über die Bewilligung von 1.200.000 Mark für Antiberippeisung forderten, daß der Abgeordnete Müller, Blanik:

„Mein Zug läuft um 10.40 Uhr. Jegs auf ich wegen diesem Ding hier bleib.“

Müller, Blanik, drohte in der Schlüsselung des Landtags sogar eine „Berippung“, in der er erklärte, er habe noch gerufen, was die kommunistische Zeitung mitteilte, ferner er habe, als Kerner die nominale Zustimmung beantragt, erfuhr:

„Mein Zug läuft um 10.40 Uhr. Das macht dich Dreckseele nur, um uns hier zu halten.“

Wir können natürlich nicht wissen, wann die Zug der sozialdemokratischen „heinen Vollwertseiter“ ablaufen. Aber bei der Bewilligung von 1.200.000 Mark für Antiberippeisung eine eindeutige Aufforderung für die Gewerkschaft manches proletarischen Arbeiters. Darum verlangen wir nominelle Wahlstimmen des Zweiges, haben die sozialdemokratische Führer Despoes und Chomplon für Kommunisten. Es bleibt zu hoffen, die Gewerkschaften haben die Berippungen abgelehnt. Das ist Arbeiterspielung.

Wir überlassen den sozialdemokratischen Arbeitern die Entscheidung darüber, wer eine „Dreckseele“ ist.

„Wir kämpfen politisch und wie es ist. Der ja und kämpft mit uns in der Nationalsozialisten Union!“

Die Antifaschistische Aktion

Razibrobationen beim Rö.-Grenztreffen in Elbau

Dresden, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Rote Hilfe melde von ihrem Grenztreffen Unterbezirk Dresden, daß nachmittags SA-Banden verloren, in Elbau die Veranstaltung zu sprengen. Sie griffen einen Arbeiters an, den sie verlegten, wurden aber daraufhin von zu Hilfe kommenden Arbeitern in die Flucht gejagt. Mehrere verletzte Rote Hilfe gab. Verhältnisse wurden nicht nennen.

einzelstellen. Die Versammlung beschloß schließlich, bei allen Aktionen der Arbeiterschaft und bei allen ihren Veranstaltungen gemeinsam mit den Samaritern von Rot-Sport Dienst zu verrichten. Die Versammlung und ihre Beschlüsse sind ein Beweis dafür, daß trotz der Versätesyren der SPD-Führer der Wille zur Einheit wächst.

Der Aufruf der Zimmerer von St. Egidien, sich in die Antifaschistische Aktion einzureihen, findet in allen Ortsgruppen des Verbandes lebhafte Widerhall. Die Bezirksversammlungen des Zentralverbandes der Zimmerer in Hartha-Markersdorf und Lichtenstein-Caillberg beschlossen, sich ebenfalls in die Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion einzureihen.

In Flensburg wurde ein Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion gewählt, dem 18 parteilose und 5 kommunistische Arbeiter angehören. Im Laufe der letzten Tage trafen 82 Arbeiter in den roten Massenselbstschutz ein.

In einer Betriebsversammlung der städtischen Arbeiter, Abteilung Bauamt, in Flensburg wurde ein Einheitsausschuß, bestehend aus 2 KPD, 2 SPD- und einem parteilosen Arbeiter gewählt.